

Landeshauptstadt Hannover
Herrn Oberbürgermeister
Stefan Schostok
Tramplatz 2
30159 Hannover



Hannover, den 05.02.2019

Antrag gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der LHH in die nächste Ratsversammlung

Rücknahme "Empfehlung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache"

Die Ratsversammlung möge beschließen,

dass die Stadtverwaltung angewiesen wird, die am 18. Januar 2019 herausgegebene neue "Empfehlung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache" schnellstmöglich und komplett zurückzuziehen.

Begründung:

Die Empfehlung steckt voller Kuriositäten, Absurditäten, voller Unlogik, sie verletzt das Sprachgefühl gröblich - und auch die Rechtschreibregeln. Mit Beispielen ließen sich Seiten füllen, hier nur einige wenige. Etwa: "der*die Ingenieur*in"; oder: aus Wählern werden Wählende, somit aus dem Wählerverzeichnis das Wählenden Verzeichnis, was schlicht logischer Unsinn ist, da nicht jeder, der in diesem Verzeichnis steht, auch tatsächlich wählt; oder: die kurze Atempause, die beim Vorlesen den "Gender Star" kennzeichnen soll, welcher das bisher verwendete Binnen-I ersetzen soll (was seinerseits schon lächerlich genug war und ist). Usw., usf.

Diese neue "geschlechtergerechte Sprache" erschwert die Kommunikation, sie macht Texte komplizierter und schwerer verständlich, sie erfordert zusätzlichen Aufwand nicht nur beim Lesen und Sprechen, sondern auch beim Verfassen und Vorlesen von Texten, sie erhöht somit den bürokratischen Aufwand und letztlich auch die Kosten. Selbst aus der SPD kommt Kritik: Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil warnte davor, dass sich die Sprache zu sehr von der Alltagssprache der Menschen entfernen könne.

Hannover hat sich mit diesem Fehlgriff bundesweit zum Gespött gemacht. In zahlreichen Medien wurden Kübel von Hohn und Häme vergossen. Die Auswirkungen auf das Image Hannovers sind verheerend. Selbst im deutschsprachigen Ausland wurde man aufmerksam: Die Neue Zürcher Zeitung etwa meinte, hier handele es sich nicht um eine Innovation im Interesse der Bürger, sondern einen Akt vorausseilenden Gehorsams gegenüber dem Zeitgeist.

Die Reaktionen in den Leserbriefspalten der lokalen Presse sind ganz überwiegend ablehnend. Die Politik entfremdet sich weiter vom "normalen Bürger", sie kapselt sich weiter in ihrer links-grün-feministischen Blase ab. Der Oberbürgermeister sollte Einsicht zeigen und zurückrudern. Aber das wird er natürlich nicht tun, er begrüßt den absurden Unfug ja ausdrücklich. Dann müsste er sich konsequenterweise auch ab sofort Oberbürger*innenmeister nennen, da er doch alle "Einwohnenden" repräsentieren will.

Mit freundlichem Gruß


Sören Hauptstein

Beigeordneter und Fraktionsvorsitzender im Rat der LHH
Bezirksratsherr im Stadtbezirk Südstadt-Bult